

ZENTRALASIEN

DR. THOMAS KUNZE

LINA GRONAU

3. Februar 2011

www.kas.dewww.kas.de/zentralasien

Zentralasien: Die Angst vor dem Abzug aus Afghanistan

Am 28. Januar 2011 beschloss der Deutsche Bundestag ein neues Afghanistan-Mandat, das bis zum 31.01.2012 gültig sein wird. Das neue Mandat unterscheidet sich nur wenig vom alten. Ein fester Abzugstermin wurde nicht festgelegt, es wird aber der Zeitraum von Ende 2011 bis 2014 angestrebt. Damit bewegt man sich in einem ähnlichen Zeitfenster wie die USA, die Mitte 2011 mit der Reduzierung ihrer Truppen in Afghanistan beginnen wollen. Sollten sich die internationalen Truppen trotz instabiler Lage zu schnell aus Afghanistan zurückziehen, könnte das nicht nur für Afghanistan selbst schwerwiegende Folgen haben.

Die Region Zentralasien, die die Länder Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan umfasst, ist vom Krieg in Afghanistan unmittelbar betroffen, vor allem durch den Drogenhandel und islamistische Einflüsse. Drei der Länder, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan, grenzen direkt an Afghanistan. Während Turkmenistan und Usbekistan es geschafft haben, ihre Grenzabschnitte hermetisch abzuriegeln, hat Tadschikistan in dieser Hinsicht Probleme. Es ist, zusammen mit Kirgistan, das instabilste Land der Region. Die gemeinsame Grenze mit Afghanistan ist über 1300 km lang und verläuft größtenteils durch unwegsames Gebirge, sie ist nur schwer zu sichern. Immer wieder versuchten Taliban in den vergangenen Jahren, sich nach Tadschikistan abzusetzen. Einige wurden bei dem Versuch gestellt, anderen dürfte der Grenzübergang wohl gelungen sein. Der Osten Tadschikistans, der vom Pamir-

gebirge¹ dominiert wird, ist kaum bevölkert, dort gibt es nur Gletscher und karge Berge – ein beliebter Rückzugsort für Terroristen, die schon seit langem versuchen, ihren „heiligen Krieg“ auch nach Zentralasien zu tragen.

Als der Krieg in Afghanistan begann, rückte Zentralasien in ungeahntes Rampenlicht. Plötzlich war die Region strategisch von enormer Bedeutung. Die USA und ihre Verbündeten brauchten die Flughäfen, Überflugrechte sowie die Infrastruktur der Region und sie benötigten stabile zentralasiatische Partnerländer, um befürchteten islamistischen Tendenzen in diesen Staaten entgegenwirken zu können. Die USA etwa nutzen mittlerweile den Flughafen Manas nahe der kirgisischen Hauptstadt Bischkek, Deutschland hat im usbekischen Termes, an der afghanischen Grenze, einen Militärstützpunkt eingerichtet. Die Unterstützung durch den „Westen“ rief auch andere Mächte auf den Plan, die nun ihren Aufwand verstärken mussten, um ihren Einfluss in der Region zu erhalten. Russland etwa betrachtet Zentralasien auch nach der Auflösung der Sowjetunion weiterhin als sein Einflussgebiet. China investiert wegen seines Energiebedarfs in die Hydroenergiepotenziale Kirgistans und Tadschikistans und strebt Zugang zu den Gas- und Ölreserven Turkmenistans und Kasachstans an. Kurz gesagt, die zentralasiatischen Regierungen wurden plötzlich von allen Seiten umwor-

¹ Der Pamir ist der nordwestliche Ausläufer des Himalajas.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ZENTRALASIEN

DR. THOMAS KUNZE

LINA GRONAU

3. Februar 2011

www.kas.de

www.kas.de/zentralasien

ben, lernten aber auch schnell, von der Konkurrenz der Großmächte zu profitieren und für sich selbst das beste Ergebnis zu erzielen.

Seit die USA verlautbaren ließen, ab Juli 2011 ihre Truppen schrittweise aus Afghanistan abziehen zu wollen, und beim NATO-Gipfel in Lissabon für 2014 das Ende des Kampfeinsatzes in Afghanistan angekündigt wurde, wird man in der Region unruhig.

Was wird passieren, wenn die Großmächte weg sind? Von einem stabilen Afghanistan ist man noch weit entfernt, soviel ist klar. Zentralasien wäre also möglicherweise ab 2015 mit einem Nachbarn Afghanistan konfrontiert, in dem es keine stabilisierenden ausländischen Truppen geben soll. Dabei haben mehrere Staaten Zentralasiens, allen voran Tadschikistan und Kirgistan, nach wie vor selbst genug Sicherheitsprobleme. Ob die anderen Nachbarn Afghanistans, Iran und Pakistan, eine große Hilfe sein werden, ist eher zweifelhaft. Zu befürchten ist, dass der Drogenhandel weiter prosperieren wird, der Gewalt und Kriminalität nach Zentralasien, vor allem aber in seine beiden wichtigsten Transitländer, Tadschikistan und Kirgistan, bringt. Sollten die afghanischen Sicherheitskräfte die Islamisten nicht in Schach halten können, werden die verschiedenen Gruppierungen erneut verstärkt versuchen, ihren Terror nach Zentralasien zu tragen und die dortigen säkularen Regierungen zu bekämpfen – keine rosigen Aussichten also.

Bisher zeigten sich Russland und China diesen Problemen gegenüber eher gleichgültig. Hilfsangebote gab es kaum, zumal beide Staaten in erster Linie an politischem Einfluss, Absatzmärkten (v.a. China) und Rohstoffen interessiert sind. Wenn überhaupt, dürfte am ehesten aus Russland Unterstützung erwartet werden, da der Kreml regelmäßig spürt, wie sich islamistischer Terrorismus auf dem Vormarsch befindet. Das zeigte zuletzt der grausame Selbstmordan-

schlag am 25. Januar 2011 auf dem Moskauer Flughafen Domodedowo.

In Zentralasien hat man realisiert, dass die angekündigte Reduzierung der internationalen Truppen in Afghanistan ein großes Gefahrenpotenzial für die eigene staatliche Stabilität darstellt, auch wenn niemand die Gefahr offen zugeben will. Sich für diese Situation zu wappnen ist zwar möglich, fällt den fünf Staaten aber sichtlich schwer. Denn dafür müsste man sich miteinander verbünden. Dem stehen aber etliche alte und neue, mehr oder weniger tiefgehende und komplizierte Feindschaften entgegen. Insgesamt könnte die Region wirtschaftlich und politisch schon sehr viel weiter entwickelt sein, wenn es funktionierende Regional Kooperationen gäbe. Dann könnte man zum Beispiel den Wassermangel wirksamer bekämpfen, die Energieversorgung verbessern oder den Aralsee vor dem vollständigen Verschwinden bewahren. Auch im Kampf gegen Drogenhandel und Terrorismus könnte man gemeinsam deutlich bessere Ergebnisse erzielen.

Tadschikistan gilt als das größte Sorgenkind, wenn es um den drohenden negativen Einfluss aus Afghanistan geht. Russland scheint sich in dieser Hinsicht ebenfalls Sorgen zu machen und hat im Hinblick auf den möglichen baldigen Rückzug der internationalen Truppen angeboten, wieder russische Grenzsoldaten an der tadschikisch-afghanischen Grenze zu stationieren, wie es bereits von 1992 bis 2005 der Fall war. Die russischen Grenzsoldaten waren damals wesentlich professioneller und erfolgreicher als ihre tadschikischen Kollegen – sie konnten deutlich mehr Drogen und Waffen beschlagnehmen –, der Einsatz war aber auch gefährlich. Immer wieder gab es Angriffe von afghanischen Drogenschmugglern und Islamisten auf die Militärs, im genannten Zeitraum starben 161 russische Soldaten im Einsatz an der tadschikischen Grenze, 362 wurden verletzt. Trotz dieser Risiken, die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ZENTRALASIEN

DR. THOMAS KUNZE

LINA GRONAU

3. Februar 2011

www.kas.de

www.kas.de/zentralasien

nach dem Abzug der US- und der NATO-Truppen eher noch steigen dürften, scheint Russland die Sicherung Zentralasiens (und damit verbunden die Festigung des eigenen Einflusses dort) für so wichtig zu halten, dass es bereit ist, seine eigene Armee erneut dafür einzusetzen. Ein nachvollziehbarer Grund dafür ist, dass Russland sowohl Ziel- als auch Transitland (für den Weitertransport nach Europa) für afghanische Drogen ist. Wenn es gelänge, den Drogenschmuggel durch Zentralasien wirkungsvoll zu unterbinden, würde das Russland direkt nützen. Und offensichtlich traut man in Russland zumindest Tadschikistan nicht zu, sich selbst ausreichend vor Drogenschmugglern und Terroristen schützen zu können.

Dass man sich in Zentralasien schon längst große Sorgen um die bevorstehende Zukunft ohne US- und NATO-Truppen macht, zeigte eine KAS-Konferenz zum Thema Afghanistan im Oktober 2010 in Taschkent. Wissenschaftler aus den Russland, Europa und den USA waren angereist, um neue Ideen zur Lösung des afghanischen Problems zu diskutieren. Die Vertreter der zentralasiatischen Staaten rangen vergeblich um Antworten, wie sie nach einem möglichen Abzug die US- und NATO-Truppen mit ihrem Nachbarn Afghanistan umgehen sollen. Offenbar sind die Gefahren eines baldigen Abzugs auf allen Seiten hinreichend bekannt, ebenso wie die Tatsache, dass es immer noch keine erfolgversprechenden Lösungsansätze gibt.

Ein bedenkenswerter, konstruktiver Vorschlag kommt derzeit aus Usbekistan. Hier gilt der afghanische Konflikt mittlerweile als so weit eskaliert, dass man einen breiten internationalen Dialog zu seiner Regelung als dringend erforderlich ansieht. Daher wiederholte der usbekische Präsident Islam Karimow bei seiner Brüssel-Reise am 24. Januar 2011 seinen Vorschlag aus dem Jahre 2008, eine 6+3-Gruppe, bestehend aus

den sechs Nachbarländern Afghanistans plus Russland, der USA und der NATO, zu gründen. Einen solchen multilateralen Dialog, der die Nachbarn Afghanistans mit einschließt, betrachtet Usbekistan als erfolgversprechend, um den Prozess der Stabilisierung und des Wiederaufbaus Afghanistans zu beginnen.

Dass eine Regionalkooperation ein erster Schritt wäre, um den Problemen in Afghanistan zu begegnen, steht außer Zweifel und wurde von allen Teilnehmern der KAS-Konferenz gleichermaßen gefordert. Allerdings gibt es diese Forderungen bereits seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion vor 20 Jahren. Bis jetzt hat sich in dieser Hinsicht wenig getan, obwohl auch andere Probleme der regionalen zentralasiatischen Kooperation, etwa bei der Wassernutzung, schon jetzt mehr als dringend sind. Vielleicht wäre eine erweiterte zentralasiatische Zusammenarbeit in Bezug auf das afghanische Problem aber in der Tat herzustellen, zumal 6+3 einen starken Druck Russlands, der USA und der NATO auf das Zustandekommen einer solchen Kooperation bedeuten würde. Ob 6+3 dann wirklich erfolgreich werden könnte, ist die zweite Frage, zumal – und das ist die Kritik der der Gegner des Vorschlages – Afghanistan selbst nicht Bestandteil der 6+3-Gruppe wäre.

Die Angst vor dem Abzug der amerikanischen Truppen aus Afghanistan liegt in Zentralasien jedenfalls in der Luft. Hinter vorgehaltener Hand hoffen viele Sicherheitspolitiker der Region darauf, dass sich der Abzug doch noch verzögert. Einen Hinweis hierauf lieferte bereits der Lissabonner NATO-Gipfel vom November 2010: Neben dem Datum für ein Ende des Kampfeinsatzes in Afghanistan verständigte man sich hier auch auf eine langfristige Partnerschaft der NATO mit Afghanistan. Diese schließt mit ein, dass auch nach 2014 NATO-Soldaten im Land stationiert sein werden.